

Staatliche Deputation für Gesundheit			26. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
<b>Sitzungstag:</b> 16.10.2014	<b>Sitzungsbeginn:</b> 16.00 Uhr	<b>Sitzungsende:</b> 19.30 Uhr	<b>Sitzungsort:</b> Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
<b>Teilnehmer / innen:</b> siehe anl. Anwesenheitsliste			
<b>Vorsitz:</b> Herr Senator Dr. Hermann Schulte-Sasse			

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und die anwesenden Gäste und eröffnet die Sitzung.

### **TOP 1:**

Senator Dr. Schulte-Sasse verweist auf die ausliegende Tischvorlage zur Auflösung der Planungsreserve des Ressort. Er schlägt vor, diese Vorlage als neuen TOP 5 zu behandeln. Folgende Tagesordnung wird daraufhin von der Deputation genehmigt.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 18.09.2014
TOP 3	Anhörung zum Thema: „Durchführung der Leichenschau in der Freien Hansestadt Bremen
TOP 4	Krankenhausinvestitionsprogramm 2014 <b>(Vorlage L-144-18/S-65-18)</b>
TOP 5	Auflösung der Planungsreserve des Ressorts <b>(Vorlage L-145-18/S-67-18)</b>
TOP 6	Verschiedenes

<b>TOP 2</b>	<b>Protokoll der Sitzung vom 18.09.2014</b>
<b><u>Beschluss</u></b> Die staatliche Deputation für Gesundheit genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 18.09.2014.	

<b>TOP 3</b>	<b>Anhörung zum Thema: „Durchführung der Leichenschau in der Freien Hansestadt Bremen</b>
<p>Die Anhörung wird durchgeführt. Die sechs eingeladenen Gäste stellen ihre Sichtweise dar. Anschließend werden weitergehende Fragen durch die anwesenden Deputationsmitglieder gestellt und von den Gästen beantwortet.</p> <p>Die Protokollierung der einzelnen Beiträge sowie der anschließenden Befragung erfolgt in einem gesonderten Vorgang und wird auf Grund des Umfangs erst zu einem späteren Zeitpunkt fertig gestellt werden können.</p> <p>Der Senator für Gesundheit kündigt an, Anfang des Jahres in einem Bericht an die Deputation die Ergebnisse der Anhörung der Deputation zu präsentieren.</p>	

<b>Staatliche Deputation für Gesundheit</b>	<b>Sitzung am: 16.10.2014</b>	<b>Protokoll-Seite: 2</b>
---	-----------------------------------	-------------------------------

<b>TOP 4</b>	<b>Krankenhausinvestitionsprogramm 2014 (Vorlage L-144-18/S-65-18)</b>
<p>Senator Dr. Schulte-Sasse führt in die Vorlage ein und erläutert, dass heute nicht die Höhe der Investitionsansätze Gegenstand der Beratung sei sondern die Verteilung der durch das Parlament bereitgestellten Mittel. Winfried Brumma (SPD) stellt fest, dass weiterhin an der Höhe der zur Verfügung gestellten Investitionen geschraubt werden müsse, hier jedoch vor allem der Bund gefragt sei. Frau Bernhard (Die Linke) schließt sich den Ausführungen von Herrn Brumma an und hinterfragt die Verteilung insbesondere vor dem Hintergrund der Darstellung von kommunaler Mittel sowie den Landesmitteln. Herr Meinke (CDU) erfragt den Verteilungsschlüssel der Baupauschalen. Herr Dr. Arnold (SG) erläutert die Trennung der §10 und §11 Mittel und die Verteilung der Investitionsmittel anhand der Fallzahlen und Bettenzahlen auf die einzelnen Krankenhäuser. Herr Ravens (CDU) stellt fest, dass Bremerhaven immer benachteiligt wird.</p> <p>Der nachstehende Beschluss wird gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der CDU durch Zustimmung der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gefasst.</p> <p><b>Beschluss</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit stimmt dem Investitionsprogramm 2014 und der vorgesehenen Mittelverwendung zu.</li> <li>2. Die staatliche und die städtische Deputation für Gesundheit stimmt zu, die im Haushaltsjahr 2014 ggf. nicht vollständig abfließenden investiven Fördermittel zur vorzeitigen Ablösung bestehender Haushaltsverpflichtungen zu Gunsten der geförderten Krankenhäuser zu verwenden.</li> </ol>	

<b>TOP 5</b>	<b>Auflösung der Planungsreserve des Ressorts (Vorlage L-145-18/S-67-18)</b>
<p>Der nachstehende Beschluss wird durch die Deputation einstimmig gefasst.</p> <p><b>Beschluss:</b> Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Vorschlag zur Auflösung der Planungsreserve des Ressorts zu</p>	

<b>TOP 6</b>	<b>Verschiedenes</b>
<p><b>Ebolaprävention</b></p> <p>Senator Dr. Schulte-Sasse bittet Frau Dr. Offenhäuser (SG) kurz über den aktuellen Sachstand zur Vorbeugung von Ebola-Erkrankungen im Land Bremen zu berichten. Frau Dr. Offenhäuser führt aus, dass das Land Bremen seit 2012 vertraglich mit dem Bernhard-Nocht-Institut in Hamburg zusammenarbeitet und dort im Ernstfall die an Ebola erkrankten Patienten behandelt werden würden. Kurz nach Bekanntwerden der Ausmaße der aktuellen Ebola Fälle in Westafrika hat der Senator für Gesundheit seinen Infektionsalarmplan überarbeitet und ihn für die Öffentlichkeit einsehbar auf die Homepage eingestellt. Eine regelmäßige Kommunikation mit den fachlich einschlägigen Institutionen, dem Bund sowie den anderen Ländern ist etabliert. Am KBM und dem KBR sind abgetrennte Isolierbereiche zur Überprüfung möglicher Ebola-Verdachtsfälle entstanden.</p> <p>Herr Brumma fragt, ob genug Schutzanzüge zur Verfügung stehen. Dies wird von Frau Dr. Offenhäuser bejaht. Herr Hamann fragt, inwiefern der Flughafen Bremen eingebunden ist. DA das Risiko am Bremer Flughafen durch das Nicht Vorhandensein direkter Verbindungen in die betroffenen Gebiete nicht größer ist, als an anderen Verkehrsknotenpunkten Bremens gibt es keine gesonderten Empfehlungen für den Flughafen, erläutert Frau Dr. Offenhäuser.</p>	

Versorgungsstärkungsgesetz

Senator Dr. Schulte-Sasse erläutert kurz, dass Anfang der Woche der Referentenentwurf zum Versorgungsstärkungsgesetz des BMG öffentlich geworden ist. Er erklärt, dass im Hinblick auf die von der KVHB aus einer Vielzahl von Einzelregelungen öffentlich als Hauptanliegen des Entwurfes dargestellten Passage bezüglich der Vorschrift zur Aufkaufsverpflichtung von Arztsitzen eine Relativierung zur Beruhigung der Öffentlichkeit notwendig sei. Bislang regelt das Gesetz, dass die KV Arztsitze in überversorgten Gebieten aufkaufen kann. Der Entwurf verändert diese Kann-Vorschrift in eine Soll-Vorschrift. Somit kann die KV zukünftig weiterhin Arztsitze in überversorgten Gebieten zulassen, muss dies jedoch begründen. Somit sind Aussagen in die Richtung, dass Arztsitze zwangsläufig wegfallen, durch den Wortlaut des Entwurfes nicht gedeckt. Frau Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) fragt ob der Senator für Gesundheit die Einschätzung teilt, dass es sich bei Bremen um ein überversorgtes Gebiet handelt oder ob es in der Verteilung der Arztsitze auf die Stadtteile nicht Veränderungen gebe müsse? Senator Dr. Schulte-Sasse erwidert, dass die Erreichbarkeit von Arztpraxen ein wesentlicher Indikator bei der Inanspruchnahme ärztlicher Dienstleistungen sei. Demnach sollte eine naheliegende Erreichbarkeit bestimmter Arztgruppen gegeben sein. Herr Ravens (CDU) erläutert, dass er schon heute die Terminfindung beispielsweise bei einem Augenarzt für schwierig erachtet und er sich nicht vorstellen kann, wie dies durch den Aufkauf von Arztsitzen durch die KVHB besser sollte. Für Frau Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) ist es deshalb fraglich ob von einer faktischen Überversorgung gesprochen werden sollte oder es sich nicht nur um eine rein rechnerische Überversorgung handele.

---

Vorsitzender

Sprecherin

Protokollführer